

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Entschließung vom 9. Februar 1984.

Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß zwischenzeitlich das Geflecht von Verträgen, Abkommen und Regelungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland enger gestaltet und die Zusammenarbeit in konkreten Fragen intensiviert werden konnte und es gelungen ist, die Gesprächsfähigkeit selbst in schwierigen Zeiten zu erhalten und in einzelnen Bereichen praktische Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden.

Die Gemeinsamkeit und die Zusammengehörigkeit der Deutschen wird damit weiter gestärkt.

Das Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik, die Vereinbarung über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie das Abkommen über den Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Strahlenschutz sind in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorzuheben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bereitschaft der DDR zur baldigen Aufnahme von Gesprächen über die Reinhaltung der Elbe, wobei unterschiedliche Positionen in Grundsatzfragen die angestrebte Zusammenarbeit nicht ausschließen. Im Bereich des Umweltschutzes liegen weitere, bisher ungenutzte Möglichkeiten der Kooperation.

Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sind ein wichtiger Beitrag zur Friedenserhaltung in Europa. Beide Staaten tragen hierfür in ihren jeweiligen Bündnissen eine hohe Verantwortung.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß an der Grenze nicht auf Flüchtlinge geschossen wird und die übrigen Belastungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter abgebaut werden. Hierzu zählen insbesondere Einreiseverweigerungen und der Mindestumtausch bei der Einreise in die DDR, der reduziert und schließlich abgeschafft werden muß.

Besonders wichtig ist, daß die positive Entwicklung des Reiseverkehrs von 1986 an fortgesetzt wird. Die DDR hat mehrfach zugesagt, diese Entwicklung weiterzuführen. An ihr messen die Menschen in beiden Staaten vor allem die Qualität der innerdeutschen Beziehungen.

Die in der DDR immer noch existierenden Sperrzonen im grenznahen Bereich müssen für Besucher aus dem Westen geöffnet werden. Die große Zahl von Kontaktverboten für Deutsche in der DDR gegenüber Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland muß aufgehoben werden. Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) dürfen nicht von der Benutzung der Transitstrecken von und nach Berlin ausgeschlossen, sowie ehemaligen DDR-Bewohnern nicht die Wiedereinreise in die DDR verwehrt werden. Im Rahmen der Städtepartnerschaften müssen die Bürger ganz selbstverständlich reisen und sich begegnen können. Der Austausch darf sich nicht auf offizielle Delegationen beschränken.

Die DDR muß sicherstellen, daß die Arbeit westlicher Journalisten und Korrespondenten in der DDR ungehindert möglich ist; sie muß ihre gegebene Zusage – zuletzt im gemeinsamen Kommuniqué vom September 1987 wiederholt – uneingeschränkt einhalten.

Die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen kann nicht losgelöst werden von der Achtung der Menschenrechte, zu deren Einhaltung die DDR sich mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte verpflichtet hat. Dazu gehören auch die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte. Die Repressalien der DDR-Organen – zuletzt gegen die Kirchenpresse und andere kritische Gruppen und Personen – stehen hierzu im Widerspruch; ebenso die Weigerung der DDR, die freie Information durch einen Zeitungs- und Zeitschriftenaustausch zuzulassen.

Die in der KSZE-Schlußakte niedergelegten Prinzipien müssen für alle Deutschen gelten. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß den deutschen Minderheiten in Süd-Ost- und Osteuropa jene garantierten Rechte eingeräumt werden, welche die deutschen Volksgruppen zur Wahrung ihres ethnischen und kulturellen Charakters brauchen. Die entsprechende Vereinbarung mit Ungarn ist dafür beispielhaft.

Das Viermächte-Abkommen für Berlin hat sich bewährt.

Die Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland müssen weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch, daß Berlin an den Fortschritten der Ost-West-Beziehungen und dem Entspannungsprozeß voll teilnimmt. Freie Verkehrswege von und nach Berlin sind Lebensgrundlage der Stadt.

Moderne Verkehrsverbindungen dienen dazu, die Funktion der Stadt als wirtschaftliches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum in Europa zu stärken.

Bonn, den 30. November 1988

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion**